

Bezugspreis
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 7000.—
in den Ausgabestellen 7100.—
durch Zeitungsverkäufer 7200.—
am Postamt 70910.—
Postgebühren besonders
ins Ausland 80 000 poln. M. in
deutscher Währung nach Kurs.
Fernsprecher
2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postfachkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Er scheint
an allen Werktagen.
Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens 1500.— M.
Reklameteil 4000.— M.
Für Aufträge
aus Deutschland
in deutscher Währung nach Kurs.
Millimeterzeile im Anzeigenteil 1500.— p. M.
Reklameteil 4000.— p. M.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Aufgabe des passiven Widerstandes, aber keine Kapitulation

Aus Berlin wird uns unter dem 25. September gemeldet: Der Kabinettsrat, der am Dienstagabend in Berlin auf dem Zusammenkommen ist, um endgültig über die Aufhebung des passiven Widerstandes zu beschließen, dauert in den letzten Abendstunden noch an. Aus diesem Grunde wird die Proklamation der Regierung, in der von der Aufhebung des passiven Widerstandes der Bevölkerung Mitteilung gemacht wird, erst morgen, am Mittwoch, veröffentlicht werden. Gleichzeitig wird eine zweite Proklamation durch die Vertreter der besetzten Gebiete erfolgen, in der der Beschluß der Reichsregierung im Namen der Bevölkerung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes gutgeheißen und die Wiederaufnahme der normalen Tätigkeit im besetzten Gebiet empfohlen wird.

Der heutige (Dienstag)Vormittag war von der Sitzung des Reichsrates ausgefüllt, der außer den gewöhnlichen Vertretern der Länder in dieser Kammer die Ministerpräsidenten beider Häuser. Auch Herr v. Knilling aus München war erschienen, obwohl die regierungsfreundlichen Blätter von dem Fernbleiben des bayerischen Ministerpräsidenten gesprochen hatten. Ein offizielles Communiqué über die Reichsratsitzung besagt, daß volle Übereinstimmung darüber herrschte, daß der passive Widerstand aus innerpolitischen, vor allem aber aus finanziellen Gründen abgebrochen werden muß. Ebenso herrscht die Einstimmigkeit darüber, daß der Abbruch des passiven Widerstandes in einer der Würde und Ehre des deutschen Volkes entsprechenden Weise vorzunehmen sei.

Wie unser Berichterstatter erzählt, ist der offizielle Wortlaut über die Einstimmigkeit der Beschlüsse keineswegs präzise, sondern tatsächlich hat auch der bayerische Ministerpräsident dem Beschluß zugestimmt. Wer den Text des Communiqués genauer liest, wird den Schlüssel über die einstimmige Annahme finden, daß von den innerpolitischen und finanziellen Ursachen des Abbruchs gesprochen wurde, während von den außenpolitischen nicht die Rede ist.

Nach unseren Informationen ist die Absicht der Reichsregierung, die Angelegenheit politisch weiterhin so zu behandeln, daß der Abbruch des Widerstandes an der Ruhr gar nicht etwa der französischen oder belgischen Regierung besonders notifiziert werde. Er ist nicht Gegenstand diplomatischer Verhandlungen, sondern eine rein innerpolitische Maßnahme. Die deutsche Regierung ist aber weit entfernt davon, auch nach der Aufnahme der Arbeit die Rechtmäßigkeit des französischen Einmarsches ins Ruhrgebiet anzuerkennen.

Die deutschen Forderungen nach Rückführung der Vertriebenen und Freilassung der unschuldig Verhafteten sind im Augenblick zwar nicht vorgebracht worden, sie werden es aber, bevor es zu tatsächlichen Verhandlungen mit fremden Mächten kommt. Denn das ist die Auffassung, die speziell in der Umgebung des Kanzlers gelehrt wird, daß bei den zukünftigen Verhandlungen Deutschland es nicht mit den Mächten allein zu tun haben wird, die ins Ruhrgebiet einmarschiert sind, also Frankreich und Belgien, sondern mit sämtlichen Reparationsgläubigern. Es kann deshalb heute noch nicht die Rede sein, ob Deutschland kapituliert hat oder nicht, sondern erst dann, wenn Verhandlungen über die Reparationsfrage beginnen, in deren Rahmen dann die Ruhrfrage und dann auch die von der deutschen Regierung zur Schrenpfung gemachten Bedingungen ihre Erlebbung finden werden. In dieser Frage wird dann der Reichskanzler Stresemann kein Abweichen von seinen Forderungen kennen. Wenn

diese Auffassung, die von einer zuverlässigen Seite stammt, Recht behält, so wäre es klar, daß der gewandte Parlamentarier Stresemann die Formel gefunden hat, auf die ihm nicht nur Bayern, sondern auch der größte Teil seiner anderen politischen Widersacher folgen kann.

Die Gründe, die die Regierung aber für den derzeitigen taktischen Abbruch des Widerstandes im Ruhrgebiet gestern bereits vor den Vertretern des besetzten Gebietes geltend gemacht hat, sind durchaus zwingender Art. In der Hauptsache sind es finanzielle Gründe. Der Widerstand kostet in der laufenden Woche 8 Milliarden oder 8000 Millionen Mark. Diese Summe kann niemand bezahlen, und diesen Erhöhungen hat auch heute im Reichsrat niemand widersprechen können. Wenn man noch bedenkt, was in der nächsten Zeit die Wiederherstellung des Ruhrgebietes zur eigenen Lebensader des Gebietes, der teilweise total zerstörten Eisenbahnen, so wird man sich auf noch andere Summen gefaßt machen müssen, und jeder weitere Tag der nutzlosen Hinausschiebung hätte die Sache noch mehr verschlechtert. Der Reichskanzler hat dem improvisierten Parlament aus dem besetzten Gebiet gestern erklärt, daß es sich bei der Einstellung des Widerstandes gar nicht um eine Maßnahme handle, die Poincaré zuliebe gehe, sondern um einen Zwang der finanziellen Not. Gerade Poincarés Spiel wäre erleichtert, wenn Deutschland finanziell auch den letzten Blutstropfen verlieren würde und dann später auf jedem anderen Gebiete gleichfalls widerstandsunfähig sein müßte. Der Reichskanzler hat den Vergleich gebraucht, daß man eine Festung nicht länger halten kann, sobald die Ernährung der Festungsbefatzung nur dadurch möglich geworden ist, daß man das ganze im Felde stehende Heer verhungern läßt.

Außer den finanziellen Gründen spielen innerpolitische Gründe beim Abbruch des passiven Widerstandes mit. Die Situation in Deutschland hat sich in ähnlicher Weise verschärft wie 1919 vor der Unterzeichnung des Versailler Friedens, wo das ganze Reich, einem Pulverfaß gleich, in die Luft fliegen konnte. Die Drohungen mit Bürgerkrieg, die ebenso von dem rechtsradikalen Bayern ausgehen, wie sie ihr Echo bei dem linksradikalen Sachsen finden, haben die Reichsregierung veranlaßt, besondere Maßnahmen zu treffen. Die Reichsregierung hat heute ein Rundtelegramm an sämtliche Landesregierungen erlassen, worin sie für den Fall innerer Unruhen alle Reichsbehörden auffordert, ausschließlich den Befehlen der Berliner Zentrale Folge zu leisten und nur solche Rechtsverordnungen anzuerkennen, die vom Reichspräsidenten erlassen sind. Dieser eigentlich selbstverständliche Erlaß steht offenbar im Zusammenhang mit einer merkwürdigen Bewegung unter den bayerischen Beamten, die sich für den Fall eines rechtsradikalen Putschs darüber verständigt haben, daß in solchen Fällen Verordnungen der Reichsregierung gegen die Putschisten nicht befolgt zu werden brauchen. Das heutige Rundtelegramm der Regierung, das in Anwesenheit des Herrn von Knilling beschlossen wurde, wird seine Wirkung auch in Bayern nicht verfehlen. Wie unser Korrespondent erzählt, sind im Reichsministerium des Innern alle Vorbereitungen getroffen, um auf Grund des § 48 der Reichsverfassung den Ausnahmezustand im Bedarfsfalle verhängen zu können. Es besteht, wie ausdrücklich zu betonen ist, nicht die Absicht, eine Militärperson mit der Durchführung des Ausnahmezustandes zu betrauen, vielmehr würde sich die politische Leitung die Durchführung der Maßnahmen vorbehalten. Nur die einzelnen Landesteile können Kommissare mit besonderen Vollmachten ernennen.

Erinnerungen und Vergleiche.

Am 15. Mai 1815, nach Einverleibung des damaligen Großherzogtums Posen in den preussischen Staat, erließ der König Friedrich Wilhelm III. einen Aufruf an die Bewohner des Großherzogtums, in dem er unter anderem sagte:

„Ihr werdet meiner Monarchie einverleibt, ohne daß eure Nationalität Schaden leidet. Ihr werdet Teilhaber der Verfassung sein, die ich meinen treuen Untertanen zu geben gedachte. Eure Religion wird erhalten bleiben, und es sind Schritte unternommen, die Geistlichen nach Maßgabe ihrer Würden zu unterhalten. Eure persönlichen Rechte und euer Eigentum kehren unter den Schutz der Gesetze zurück, hinsichtlich derer ihr aufgefordert werdet, zu beraten.“

Eure Sprache soll neben der deutschen in allen öffentlichen Angelegenheiten Anwendung finden, jedem von euch wird nach Maßgabe seiner Fähigkeiten Gelegenheit gegeben, zu allen öffentlichen Ämtern des Großfürstentums zu gelangen, ebenso wie auch zu allen anderen Ämtern und Würden meines Staates.“

Die Geschichte hat gelehrt, daß diese Versprechungen nicht bloße Worte waren. Bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein war die polnische Sprache neben der deutschen Sprache Amtssprache, und immer — auch noch in den letzten Vorkriegsjahren — waren in Preußen viele mittlere und hohe Beamte der Staats- und Reichsämter polnischer Nationalität und brauchten aus dieser Tatsache durchaus kein Hehl zu machen.

Am 13. Dezember 1822 erließ das preussische Kultusministerium an die Posener Regierung ein Schreiben, in dem die folgende Stelle wörtlich zu finden ist:

„Die Religion und die Sprache sind die größten Heiligtümer des Volkes, in denen seine Denks- und Empfindungsart enthalten ist. Jede Obrigkeit, die sie anerkennt, schützt und schützt, kann gewiß sein, daß sie damit die Herzen der Untertanen gewinnt; die aber in dieser Hinsicht Gleichgültigkeit zeigt oder sogar Anschläge auf sie verübt, die zerrt das Volk, macht es eheilos und schafft sich unreine und böse Untertanen. Würde dagegen jemand glauben, daß zur Bildung des polnischen Volkes die Germanisierung, wenigstens bezüglich der Sprache, beitragen würde, der befindet sich in großem Irrtum. Die Bildung des einzelnen Menschen und eines Volkes kann nur mittels der Muttersprache durchgeführt werden. Nur in der Sprache, in der der Mensch denkt, ist auch seine Bekenntnis- und Auffassungsart enthalten, demnach das erste und wichtigste Element seiner Bildung. In anderen Sprachen kann er viel lernen und sich aneignen, was er aber kann und versteht, kennt und versteht er nur in dieser einen Sprache, und zwar in der, in er denkt, demnach in der Muttersprache. Diese ihm entziehen zu wollen und mit ihr seine ganze Denksart, und an ihrer Stelle eine andere, fremde einimpfen zu wollen, ist schon bei dem einzelnen Menschen unmöglich, und noch mehr bei einem ganzen Volk. Will man sich um die Bildung des polnischen Volkes bemühen, so ist das sicherste Mittel hierfür seine Muttersprache, und die Regierung wird in genügender Weise die Gewißheit haben, daß ihre Interessen gesichert sind, falls die deutsche Sprache in jeder polnischen Schule nur als Unterrichtsfach eingeführt wird; und wird das genügend überwacht, dann werden die Kinder beim Verlassen der Schule genügend Übung in dieser Sprache haben.“

Mehrere Jahrzehnte waren schon seit den Teilungen Polens vergangen, als dieses Schreiben erlassen wurde, und Jahrzehnte hindurch wurde wirklich in seinem Sinne und im Sinne des Aufrufs Friedrich Wilhelms III. regiert, tolerant regiert. Daran darf erinnert werden. Manches, was jetzt und hier geschieht (z. B. Siforskis Rede im Posener Rathaus und die Kundgebungen der Otazisten) bekommt danach ein anderes Gesicht.

Was sagt England?

Das moralische Ansehen Deutschlands hat nicht gelitten.

Der französische „Sieg“ im Ruhrgebiet ist im allgemeinen in London wohl aufgenommen worden. Es ist natürlich, daß die Morning Post, die Daily Mail und Konforien, vor Freude aus Rand und Band ist. Sonst wird gesagt, daß es keine so große Sache sei, einen „Mann im Hemd“ zu besiegen, besonders, da die heutigen Regierungen, die die französische Politik nicht billigen, sich unaktiv verhalten hätten. Daß Deutschland unter diesen Umständen gar nichts anderes konnte, als sich zu fügen, wird hier allgemein zugegeben. Man hofft hier, daß das Auseinanderfallen des Reiches vermieden werden könne und daß Bayern sich ruhig verhalten werde. Soviele kann man mit Bestimmtheit sagen, daß das moralische Ansehen Deutschlands durch seine Kapitulation nicht gelitten hat, zumal da niemand in England einen so langen Widerstand der Ruhrbevölkerung erwartet hatte. So spricht die „Ball Mall Gazette“ von einem „leeren Triumph“ Frankreichs, der nur die Sympathie der Welt wiederum um mehrere Grade auf die Seite Deutschlands hinübergebracht habe. So wenig man auch Deutschland lieben könne, habe man doch die größte Hochachtung für die Ausdauer, die das deutsche Volk im Ruhrkampf bewiesen habe. Wenn Frankreich Deutschland heute unter den Bajonetten und schwarzen Truppen arbeiten lasse, so werde Deutschland immer mehr die Sympathie der zivilisierten Welt gewinnen. Der schlechte Dienst, den Poincaré Frankreich geleistet habe, sei, daß seine Werten sich jetzt seiner schämten. An Stelle Deutschlands habe er Frankreich zum Vertreter der Militärtyrannie gemacht.

Das künftige Zusammenarbeiten von England mit Frankreich.

Die Meinung in London in bezug auf das künftige Zusammenwirken zwischen England und Frankreich geht dahin, daß England durch Teilnahme an der Kontrolle der Ruhrindustrie sich seinen Anteil an den Reparationen selbständig sichern soll. Weiterhin ist damit zu rechnen, daß die englische Regierung einen neuen Reparationsplan auf der Grundlage einer deutschen Zahlung von 40 Milliarden Goldmark vorlegen wird. Für die Finanzierung der Zahlung soll England angeblich bereit sein, die Aufnahme einer großen internationalen Anleihe zu unterstützen. In bezug auf die Lageverhältnisse von Seiten Frankreichs ist auch jetzt nichts anderes bekannt, als daß Poincaré versprochen

hat, die militärische Besetzung der Ruhr in eine wirtschaftliche umzuwandeln.

In offiziellen Äußerungen wird betont, London habe immer vor dem Irrtum gewarnt, daß seine Haltung nicht etwa als deutschfeindlich betrachtet werden dürfe. Der gut unterrichtete Londoner Vertreter des „Manchester Guardian“ schreibt über den ganzen Gegenstand folgendes: „Immer wieder hat Lord Curzon dem deutschen Botschafter Schamer angedeutet, daß der Widerstand hoffnungslos und es zwecklos sei, auf England zu rechnen, und daß es am besten sei, der Lage möglichst schnell ein Ende zu machen. Engländern und auswärtigen Journalisten, die das Foreign Office besuchten, wurde fortgesetzt der gleiche Rat erteilt. Man muß annehmen, daß Schamer nach Berlin berichtet hatte, was ihm so oft gesagt worden ist. Aber alles war vergebens. Die Cuno-Regierung bestand darauf, diesen Rat zu ignorieren, und hoffte fortgesetzt auf irgendein Wunder von London und führte damit die deutsche Öffentlichkeit irre. Nun sind die Folgen verhängnisvoll.“

Die Frage bleibt offen, warum trotz dieser Tatsachen die amtliche deutsche Politik sowie ein großer Teil der deutschen Presse sich monatelang bezüglich der Haltung Englands einem Irrtum hingegeben haben, der zur sicheren Katastrophe führen mußte.

Oswald Spengler über das Schicksal Deutschlands.

Der Berliner Vertreter des „Daily Chronicle“ hatte eine Unterredung mit Oswald Spengler, dessen „Untergang des Abendlandes“ zu Weihnachten in englischer Übersetzung erscheinen wird. Nach Spengler wird das Schicksal Deutschlands sich innerhalb 14 Tagen entscheiden. Er glaubt, wenn Frankreich einen vollen Erfolg seiner Politik sähe, so würden die künftigen französischen Wahlen einen Frieden unmöglich machen, da dann die Chauvinisten triumphieren und die Fortsetzung der französischen Rüstungen durchsetzen würden. Frankreich werde das Ruhrgebiet als großes Waffenarsenal gebrauchen. Die französischen Militaristen würden dann neue Pläne entwerfen und unter anderem eine Brücke über Süddeutschland nach dem Balkan herstellen, um hierdurch Italien in Schach zu halten. Andererseits werde die Nordsee als Luft- und Unterseeboothafen benutzt werden. Über die neue Finanzreform äußerte sich Spengler nicht sehr hoffnungsvoll. Deutschland brauche eine wirkliche Finanzmacht hinter sich, um die Mark stabil zu halten.

Nach den Otazistenversammlungen.

Von Wilhelm Willigmann.

In aller Eile haben in diesen Tagen an verschiedenen Orten, wo Ortsgruppen des polnischen Westmarkenvereins bestehen, Versammlungen stattgefunden. Der Kardinal Dr. Dabrowa fährt nämlich nach Rom zum heiligen Vater. Man wollte ihm Material mitgeben, aus dem der Papst in Rom ersähen sollte, wie die polnische Volksseele darüber, daß noch heute deutsche Domherren, deutsche Prälaten und Kapläne in unvernünftiger Treue und Pflichterfüllung ihres Amtes walten, ins Kochen geraten sei. Jemand ein sonst unbekannter Größe hat nämlich ausgerechnet — wir können die Zahlen zurzeit nicht auf ihre Richtigkeit hin nachprüfen —, daß auf 14 großpolnische Domherren heute noch 8 deutsche kommen, und daß das Culmer Kapitel heute noch fast ganz deutsch ist, und daß auf 325 deutsch-katholische Einwohner schon ein deutscher Domherr und auf 182 000 polnisch-katholische auch nur einer falle. 325 Deutsche hätten also das selbe Recht wie 182 000 Polen. „Dieses Unrecht“, so schreibt ein polnisches Blatt, „schreit um Rache zum Himmel!“

Aber wenn in einem rein deutschen oder fast ganz deutschen Dorfe ein polnischer Geistlicher der Gemeinde als Hirte gesetzt ist und auf 0 Polen schon ein polnischer Geistlicher oder in einem anderen Dorfe auf 13 oder in einem dritten Falle auf 21 schon ein polnischer Geistlicher fällt, — das schreit nicht zum Himmel, sondern wird für so natürlich und so selbstverständlich gehalten, daß es sich gar nicht verlohnt, darüber irgendwie zu reden.

Über wenn drüben in Deutschland an der polnischen Grenze in pommerischen Orten oder in Orten an der Grenzmark oder in Ost-Oberschlesien auch heute noch in rein deutschen Gemeinden polnische Geistliche im Amte sind und aus ihrer polnischen Gesinnung gar kein Hehl machen, — das schreit nicht zum Himmel.

Oder wenn in einem Nationalitätenstaate, wie es der polnische ist, mehr als ein Drittel der Einwohner „Minderheiten“ sind, und diese Minderheiten unter den 444 Sitzplätzen im polnischen Sejm dank der polnischen Wahlgeometrie statt etwa 200 bloß 85 Abgeordnete haben, oder wenn die zweieinhalb Millionen Deutsche in der polnischen Republik statt etwa 46 Sitzplätzen nur 17 im Sejm haben, — das schreit nicht zum Himmel.

Oder wenn es im Aufbruch des Obersten polnischen Volksrats so schön heißt: „Im Einklang mit ihren freiheitlichen Traditionen wird die Republik Polen ihren Mitbürgern deutscher Nationalität volle Gleichberechtigung . . . Zutritt zu den höchsten Staatsämtern

usw. gemäßen — und wenn dann unter den 17 Wojewoden, den 12 Ministern, den 261 Starosten, den 8 Festungskommandanten, den 153 Generalen und Admiralen, den 26 Vizeministern, den 27 Reichskommissaren, den Hunderten von hochbefohlenen Völkern, Korpsführern, Generalmajoren, Delegierten, Handelsagenten, Gelehrten, Ministerialräten nicht ein einziger Bürger der Minderheiten sich findet, — das schreit nicht zum Himmel.

Oder wenn in rein oder fast rein deutschen Städten und Dörfern polnische Bürgermeister und polnische Ortschulzen gegen den lebhaften Wunsch der Deutschen, wie er etwa durch eine Gemeindevahl ausdrücklich kundgegeben ist, eingesetzt werden, — das schreit nicht zum Himmel.

Oder wenn gemäß Artikel 108 die Deutschen sich organisiert und zu Vereinen vereinigt haben und diese, so wie es jetzt geschieht, ohne Rücksicht auf die einschlägigen Bestimmungen der Verfassung und der Strafprozessordnung aufgelöst, wenn selbst religiöse Vereine, wie die Frauenhilfe in Graudenz, oder kulturelle Organisationen, wie der Deutsche Schulverein, oder eine wirtschaftliche, wie der Bauernverein, aufgelöst werden, — das schreit nicht zum Himmel.

Oder wenn trotz Artikel 110 der Verfassung und trotz des Auftrufs des Obersten polnischen Volksrates, wenn trotz der §§ 7 und 8 des Minderheitenschutzgesetzes deutsche Kinder gezwungen werden, polnische Schulen zu besuchen, — das schreit nicht zum Himmel.

Oder wenn die Polen ausdrücklich im Auftruf des Obersten polnischen Volksrates versprochen haben: „Die Ansiedler dürfen im Rahmen des Friedensvertrages in ihrem Eigentum verbleiben... alle wohlerworbenen Rechte der Bürger, auch die Rechte über Nachbeträge usw. werden hierdurch gewährleistet“, wenn der Völkerbund und das Oberste Schiedsgericht wiederholt für die Rechte der deutschen Ansiedler und Domänenpächter eingetreten sind und trotzdem noch deutsche Bauern und deutsche Domänenpächter, die polnische Staatsbürger sind, gezwungen werden sind, ihre Scholle zu verlassen, — das schreit nicht zum Himmel.

Oder wenn 500 000 bis 600 000 Deutsche gezwungen worden sind, den Wanderstab zu ergreifen, obwohl das Oberste Schiedsgericht im Haag ausdrücklich eine Entdeutschungspolitik der polnischen Behörden für unvereinbar mit dem Sinn und Geist des Minderheitenschutzgesetzes erklärt hat, — das schreit nicht zum Himmel.

Oder wenn den Deutschen der völlig freie Gebrauch ihrer deutschen Sprache in Verfassung, Minderheitenschutzvertrag, Auftruf des Obersten Volksrates gewährleistet ist, und wenn der Verzicht auf die deutsche Sprache ausdrücklich unter dem 18. November 1921 erklärt hat, daß jeder Geschäftsmann die Inschriften seiner Firma in einer Sprache anbringen kann, in der er will, und daß es kein Gesetz gibt, das die Benutzung der deutschen Sprache verbietet, und trotzdem mehr als einmal der Versuch gemacht wird, deutsche Kaufleute, Geschäftshäuser, evangelische Gemeindeführer und ähnliches zur Entfernung ihrer deutschen Inschriften zu zwingen, — das schreit nicht zum Himmel.

Noch eine Nazistenkundgebung.

Aus Strelno wird polnischen Blättern gemeldet: Am 23. September fand hier auf Veranlassung des Kreisvorstandes des Westmarkenverbandes im Saale des Herrn Grzesiora eine Kundgebung statt, in der die Entfernung der deutschen Domherren aus den Kapiteln Gnesen, Posen und Culm verlangt wurde. Die Kundgebung wurde eingeleitet durch eine Ansprache des Schulinspektors Dąbrowski. Die Hauptrede hielt in der bekannten Weise Dr. Władysław. Nach der Rede wurde eine Entschließung angenommen, in der der Erzbischof gebeten wird, dahin zu wirken, daß 1. alle Domherren und Geistlichen abberufen werden, die jetzt noch zum Schaden Polens wirken; 2. die Zahl der deutschen Domherren vermindert wird.

Frankreich und Polen.

Eine Reise des französischen Staatspräsidenten nach Polen

ündigt die „Republika“ an. Es wird gesagt, daß Herr Millerand im Oktober, gleich nach seinem Besuch in Prag, nach Warschau, wo über Maßnahmen zur Festigung des französisch-polnischen Bündnisses sowie über die Beziehungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei beraten werden soll. Der Korrespondent der „Republika“ meint, die Reise des Herrn Millerand stünde in engstem Zusammenhang mit der immer deutlicher werdenden Annäherung Polens an England, die unter Umständen die zwischen Polen und Frankreich bestehende Harmonie gefährden könnte. Eine unangenehme Überraschung für Frankreich war schon die Ernennung des Engländers Young zum Finanzbeirat Polens. Die Person des Herrn Young, der bekanntlich ein ausgesprochener Anhänger Lloyd Georges sei, könne in den Pariser Regierungskreisen kein Vertrauen erwecken. Man befürchte, daß Polen eine eigene Politik gegenüber Rußland

einlagen würde, und das sehe man als für Frankreich sehr unerwünscht an.

Ein französischer Senator kommt nach Warschau.

Der Finanzreferent des französischen Senats, Senator Deranc, soll in etwa zehn Tagen in Warschau eintreffen. Seine Reise soll mit gewissen Finanzplänen Frankreichs zusammenhängen, jedoch nicht unmittelbar mit der 400-Millionenleihe für Polen.

Allerhand Schlesiendes.

Ueber die deutsche Schule in Polnisch-Oberschlesien

schreibt der Abgeordnete für den schlesischen Sejm Otto Ullrich in der deutschen Presse Polnisch-Oberschlesiens: Unser Staat betont bei jeder Gelegenheit, daß die Rechte der Minderheit bei uns geschützt und geschützt werden. Vor kurzem hat der Staatsanwalt Nierki-Posen die Aufhebung des Minderheitenschutzgesetzes verlangt, weil in Polen die Rechte der Minderheit durch die Verfassung und durch den toleranten Geist des polnischen Volkes besser geschützt seien als durch internationale Verträge, die die Souveränität Polens verletzen. Der frühere Außenminister Skirmunt hat in den letzten Tagen in der Völkerbundsversammlung in Genf von der beständigen Lage und der guten Behandlung der Minderheiten in Polen gesprochen.

Wie sieht die Praxis aus? In Polnisch-Oberschlesien gilt nicht nur der dehnbare Minderheitenschutzvertrag, nicht nur die Verfassung, sondern hier ist durch das Genfer Abkommen klares, unbestreitbares Recht geschaffen, hier ist ein besonderer Beauftragter des Völkerbundes, der Präsident der Gemischten Kommission, zur Überwachung der Erfüllung des Vertrages eingesetzt. Wenn irgendwo, dann müßte in Polnisch-Oberschlesien die Minderheit im Genuß aller ihrer Rechte sein.

Der 1. September 1923 war ein Prüfstein für die Erfüllung der Rechte der Minderheit. Der 1. September 1923 war der Tag, da Polen nach dem Genfer Abkommen die deutsche Volksschule zu schaffen verpflichtet war. Heute, am 23. September, gibt es im ober-schlesischen Teile der Wojewodschaft nicht eine einzige deutsche Volksschule, die den Bestimmungen des Genfer Abkommens entspricht. Die vorhandenen, fast durchwegs völlig unzulänglichen deutschen Volksschuleinrichtungen sind keine Minderheitsschulen im Sinne des Genfer Abkommens. Auf keinen der für mehr als 41 000 Kinder gestellten Anträge ist bisher eine Antwort erteilt worden. Diese Anträge sind vor dem 1. Dezember 1922 eingereicht worden. Bis heute hat die Schulabteilung der Wojewodschaft nicht die Zeit gefunden, die Anträge zu prüfen. Heute, fünfzehn Monate nach dem Übergang der Staatshoheit, ist die Frage der Lehrer an den Minderheitsschulen noch nicht endgültig geklärt. Heute noch weiß kein Lehrer, ob er morgen noch in seinem Amte sein oder ob er nach dem Verleihen der Beförderung in eine andere Ortschaft versetzt werden wird.

Schlimmer noch als auf dem Gebiete der Minderheits-Volksschulen liegen die Verhältnisse bei den höheren Minderheitsschulen. Auch sie sollten mit dem Beginn des neuen Schuljahres am 1. September 1923 eröffnet werden. Heute, am 23. September 1923, besteht nicht eine einzige höhere Minderheitsschule. Es findet nicht einmal mehr der Unterricht der deutschen Kinder in der vor dem 1. September üblich gewesenen Form statt. Nicht ein einziges Kind, für das der Antrag auf Errichtung der höheren Minderheitsschule gestellt worden ist, hat heute die Möglichkeit des Schulbesuchs. Heute noch nicht ein einziger deutscher Lehrer der kommunalen höheren Lehranstalten, ob er im Amte bleiben wird. Die über die Errichtung der höheren Minderheitsschulen erlassenen Anordnungen der Wojewodschaft enthalten schwere Benachteiligungen der Minderheit.

Am 27. Juli d. J. ist den zuständigen Instanzen eine dahingehende Beschwerde des Deutschen Volksbundes zugegangen:

Der kühnen Frage von der Achtung der Minderheitsrechte steht die kalte und nackte Wirklichkeit gegenüber, die Tatsache: am 1. September 1923 gibt es weder Minderheits-Volksschulen noch höhere Minderheitsschulen. Wir wollen keine Phrasen, wir wollen nur die ehrliche Erfüllung unserer rechtlich unantastbar begründeten Ansprüche. Kein Vater, keine Mutter darf auch nur einen Augenblick zögern, in diesem schweren Kampfe um das Recht der deutschen Minderheit auszuweichen. Die deutsche Minderheit muß sich bewußt sein, daß der Kampf um die deutsche Schule der Kampf um ihre völlige und wirtschaftliche Existenz ist. Wir haben bisher vermieden, die zähe und unermüdliche Arbeit des Deutschen Volksbundes an die Erfüllung der Rechte der Minderheit in die Öffentlichkeit zu tragen. Die jetzigen Verhältnisse fordern es. Der Kampf ist uns aufgezwungen. Wir werden ihn führen. Auch auf die Gefahr hin, daß dieser Kampf uns als staatsfeindlich ausgelegt werden wird.

Die polnische Schule in Deutsch-Oberschlesien.

Aus Gleiwitz wird gemeldet: Im deutsch gebliebenen Teil Oberschlesiens sind jetzt im ganzen sieben polnische Schulen im Sinne des Genfer Abkommens eingerichtet, das heißt Schulen, an denen der gesamte Unterricht in polnischer Sprache erteilt wird; die Einrichtung von drei weiteren Schulen wird vorbereitet. Die zuständigen deutschen Behörden haben dabei die Bestimmungen des Genfer Abkommens sehr liberal ausgelegt, und weder die Stellung der nötigen Anträge neun Monate vor Beginn des Schuljahres, wie es das Genfer Abkommen vorsieht, noch irgend welche Bescheinigungen oder Beglaubigungen, noch besondere Formulare verlangt. Auch ist die Einrichtung der Schulen nicht davon abhängig gemacht worden, daß mindestens 40 Anträge für je eine Schule vorliegen. Die ober-schlesischen Vereine des Bundes der Polen in Deutschland sind weder von Behörden noch von der Bevölkerung irgendwie in ihrer Aufklärungsarbeit gehindert worden; sie sind außerordentlich rührig und erfreuen sich völliger Freiheit und Unbeschränktheit in ihrer Betätigung.

Von Handgranatenattentaten in Laurahütte

berichtet die „Rattowitzer Zeitung“: Dem Fleischermeister Grzondziel auf der Wandastraße in Laurahütte ist eine Handgranate in das Gesicht geworfen worden, weil er seine Kinder der deutschen Schule zugeführt hat. Vor das Haus des Schlossermeisters Koptin ist eine Handgranate geworfen worden, ebenfalls aus dem Grunde, weil er aus seiner deutschen Gefinnung kein Geheimniß macht. Infolge der Explosion ist die Mauer des Hauses erheblich beschädigt worden, auch sind zahlreiche Fensterscheiben gesprungen. Weiter wird aus Laurahütte berichtet, daß drei junge Mädchen, die von einer Hochzeitsfeier nach Hause gingen, von einer Bande von etwa 10 Mann überfallen wurden, weil sie deutsch sprachen. Zwei Mädchen gelang es zu entkommen, die dritte wurde in roher Weise mit den Fäusten ins Gesicht geschlagen.

Über weitere Überfälle in Laurahütte wird noch gemeldet: Der Lehrer W. wurde auf der Straße überfallen und so mißhandelt, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Ferner wurde noch ein Überfall auf den Obersekretär Neumann verübt. Er wurde ebenfalls in arger Weise mißhandelt.

Eine polnische Stimme über das Treiben der polnischen Kampfverbände.

Das unerantwortliche Treiben der polnischen Kampfverbände fällt allmählich auch den Polen selbst auf die Nerven. Im „Pola“ (ober-schlesisches Organ der Poln. Nationalen Arbeiterpartei) vom 24. d. Mts. (Nr. 218) schreibt ein gewisser Jg. K. aus Friedenshütte: „Da ich kürzlich aus Großpolen hierher gekommen bin, kann ich nicht umhin, die Polizeibehörden zu fragen, ob ganz Oberschlesien eine Höhle für polnische Kampfverbände (Wojówka) ist, oder ob man dies nur von Friedenshütte sagen kann. Denn in Friedenshütte ist niemand feines Lebens sicher, der anders denkt und fühlt als die berühmte Wojówka. Am Sonntag hat die Wojówka zwei Siege über wehrlose Bürger davongetragen. Von dem ersten Überfall bei der Rosamunde hütte kann ich nichts sagen, denn ich war nicht Zeuge dieses Vorfalles, aber dafür des anderen — bei Herrn Walachowski. Ich wartete auf das Abendbrot und sah beim Bistett einen elegant gekleideten Mann, der zu seinem Kollegen über seine Geschäfte deutsch sprach. In demselben Augenblick kamen einige von der Wojówka heran, deren Namen ich aber nicht kenne, und einer, der mit Neumann angeredet wurde, schlug ohne jeden Grund mit einem Gummiknüppel gegen Herrn ins Gesicht und auf den Kopf, so daß dieser blutüberströmt zur Erde fiel. Zeuge dessen war Herr Walachowski selbst. Nachher wurde der Überfallene auf den Flur geschleppt, wo er weiter geschlagen wurde. Ähnliche Fälle kommen in Friedenshütte, wo die Wojówka jeden, der nur in deutscher Sprache antwortet, blutig schlägt, sehr oft vor. Und wie verhält sich die Wojówka, wenn sie ihre Schädels vollpumpt? Hier müßten die Polizeibehörden solchen bestialischen Überfällen Einhalt gebieten. Wenn es nicht erlaubt ist, deutsch zu reden, warum unterstügt Ihr da die „Grenzzeitung“? Warum haben einige von Euch deutsche Frauen? Warum schlägt Ihr sie nicht dafür, daß sie deutsch reden und ihre Kinder auch entsprechend erziehen? Gebt Ihr nicht durch ein solches Verhalten den Orgeschleuten auf der anderen Seite ein Beispiel dafür, wie sie es machen sollen? Überlegt Euch darum, was Ihr tut!“

Ein maskierter Bandit.

Aus Lublitz wird der „Rattowitzer Zeitung“ gemeldet: Seit einigen Tagen trieb auf der Landstraße von Stahlhammer nach Ellguth-Woischütz ein maskierter Bandit sein Unwesen. Er lauerte im Graben und

(Amerikanisches Copyright 1923 by Carl Dunder, Berlin.)

Silvester Bruhns Tochter.

Ein hanseatischer Kaufmannsroman von Günter v. Hohenfels.

(4. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Was meinst Du? Soll ich nachgeben?“

„Mit dem dummen Tunnel? Natürlich!“

„Soll ich nachher einmal zu Störbeder hinüber?“

„Ich würde es tun. Es ist gut, man tut freiwillig, was geschehen muß.“

„Muß?“

„Ja, Vater!“

Er sah sie an, und sie hielt den Blick aus.

„Gut, ich gehe.“

„So bist Du lieb!“

„Schon damit der Windhund keine Ursache mehr hat, Dich anzureden.“

„Silvio ist kein Windhund. Er ist nur anders als Du.“

„Du liebst ihn?“

Er wurde schon wieder erregt; sie aber lächelte etwas wehmütig.

„Ich werde nie etwas gegen Deinen Willen tun.“

„Über auch nie etwas gegen Deinen eigenen Willen.“

Sie sagte einfach und fest:

„Wenn es sich um mein Lebensglück und Bruno Wislizenus handelt, nein. Ich bitte Dich, lassen wir beides!“

Er verstand, worauf das „Beides“ gemünzt war und leuchtete.

„Ja, Kind, lassen wir beides!“

Er sah ihr in die Augen, dann ertönte unten im Kontor die Glocke, die angab, daß die Arbeitsstunde wieder geschlagen; Silvester Bruhns schritt wieder die Treppe hinab.

Ein Bote vom Senat brachte dies Schreiben.

„Legen Sie es auf den Tisch!“

Er gab geschäftliche Anordnung, dann, als er allein war, öffnete er das Schreiben.

„Nachdem Sie das Angebot des Senats abgelehnt haben, wurde heute vormittag in außerordentlicher Sitzung beschlossen, von dem Enteignungsrecht Ihnen gegenüber Gebrauch zu machen. Wir teilen Ihnen mit, daß die Arbeiten unterhalb ihres Hauses am kommenden Dienstag begonnen werden, und ersuchen Sie, für Räumung der Keller Sorge zu tragen.“

Silvester Bruhns schlug mit der Faust auf den Tisch.

Gewalt? Gewalt gegen ihn? Er bebt vor Zorn.

„Swendholm!“

„Herr Bruhns?“

„Lesen Sie das!“

„Ich habe es vorausgeahnt.“

„Gewalt gegen mich? Ich dulde es nicht. Ich war bereit, nachzugeben, aber jetzt?“

Der Alte zuckte die Achseln.

„Sie können dagegen nichts tun!“

„Und wenn ich's hindere?“

„Sie können es nicht. Man kann nicht mit dem Kopf durch die Wand.“

Zum zweiten Male an diesem Tage hörte er dasselbe Wort. Er wollte aufstehen.

Dann stampfte er im Zimmer auf und nieder.

„Kann der ‚Porfirio Diaz‘ einen Tag früher fahren?“

„Es wird gehen!“

„Dann soll es sein, und ich fahre mit. Sehen will ich es nicht, das gewiß nicht!“

Es war dem Profuristen später, als habe ein Grauen des Entsetzens auf den Mienen des Handelsmanns gelegen.

„Und niemand soll wissen, daß ich mitfahre. Niemand, hören Sie?“

Verwundert ging der Alte zu seinen Büchern zurück, während Silvester Bruhns Hut und Stock nahm und in den frühen Frühlingsabend hinauslief.

II.

Vor dem alten Patrizierhause in der Böttcherstraße war ein Bauzaun errichtet, der einen Teil des Gebäudes verhüllte, und schwerbeladene Wagen brachten bereits die Mauer-

steine heran. Die Stadt hatte es eilig mit dem Ausbau des Tunnels. In diesen Tagen war Silvester Bruhns in verbissenem Groll nicht aus seinem Hause getreten, aber oft stand er am Fenster und sah den Steinträgern zu, die da ihre Lasten vor dem Hause aufhäuften. Auch Swendholm schüttelte den Kopf. Er verstand vielleicht die Scheu des alternden Handelsmanns, daran zu tasten, was ihm heilig war, aber schließlich — ein Stückchen Keller! Auch begriff er nicht, warum Bruhns so ängstlich bemüht war, seine nun beschlossene Ausreise auf dem „Porfirio Diaz“ vor allen, selbst dem Kontorpersonal, geheim zu halten. Ein halbes Jahr mußte er zum wenigsten unterwegs sein, das konnte doch nicht geheim bleiben. Am Samstag trat er in das Kontor.

„Herr Bruhns, wir können den Dampfer erst Donnerstags früh auslaufen lassen.“

Der jetzt stets gereizte Bruhns fuhr auf.

„Warum?“

„Wir schaffen die Ladung nicht.“

„Dann bleibt etwas zurück. Ich will, daß wir Dienstag in aller Frühe mit der Ebbe hinausgehen. Ich mag nicht dabei sein, wenn die hier beginnen. Hören Sie, Swendholm, ich will!“

Der Alte war gekränkt.

„Ich habe mich nie Ihrem Willen widersetzt, Herr Bruhns.“

Da reichte ihm jener die Hand.

„Verzeihen Sie, ich bin nervös! Ich weiß — vielleicht sind Sie mein einziger Freund. Nicht wahr, Sie werden es bleiben?“

Jetzt lag wieder etwas seltsam Schmerzlich in dieser Stimme.

Herr Bruhns, der Stadtbaurat möchte Sie sprechen. Ein junger Kommis brachte die Meldung.

„Fragen Sie, was er will.“

Sonst gehörte Baurat Haberlandt auch zu den Freunden des Hauses. Der Kommis ging und kam bald zurück.

(Fortsetzung folgt.)

überfiel einzeln gehende Personen, von denen er annahm, daß sie im Besitze von Geld sein könnten. Um nun auch auf dem Rade fahrende Arbeiter berauben zu können, hatte der Bandit über die Straße ein Drahtseil gespannt. Vor einigen Tagen stürzte ein Radfahrer über dieses Seil. Der maskierte Bandit fiel über das Opfer her, er mordete und raubte es aus. In der Nacht zum Sonntag fuhr ein Arbeiter, der im Industriebezirk beschäftigt ist, den gleichen Weg, um zu seinen Angehörigen nach Woiwodschaft zu gelangen. Auch er stürzte über das Seil. Der Raubmörder, der wiederum maskiert war, fiel über den Gefährten her, erschoss ihn und raubte ihm seine Währung. Dann verschwand der Bandit. Die Ermittlungen der Polizei ergaben, daß der Mörder der Sohn eines angesehenen Tischlers aus Lubjau ist. Er entpuppte sich, obwohl erst 18 Jahre alt, als ein arbeitscheurer Mensch, der für seine Verknüpfungen viel Geld brauchte. Es gelang auch, den gefährlichen Banditen ausfindig zu machen. Als er aber die Ankunft der Polizei merkte, entfloh er durch das Fenster und konnte bisher nicht festgenommen werden. Bei der Hausdurchsuchung fand die Polizei zwei Karabiner, Munition und die Masken.

Republik Polen.

Eine Erkrankung des Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Witos ist an Influenza erkrankt und muß das Bett hüten. Trotzdem erledigt er, wie polnische Blätter melden, die wichtigsten Amtsgeschäfte persönlich. In den letzten Tagen fanden an seinem Krankenbett Besprechungen mit den Ministern Skarski, Osiecki und Kierulff statt.

Eine Woiwodschaft Wilna?

Polnische Blätter melden, daß in Kreisen, die der Regierung nahe stehen, von einer Umwandlung der Stellung des jetzigen polnischen Delegierten in Wilna in die Stellung eines Woiwoden von Wilna gesprochen wird. Man erwartet die Ernennung des Hrn. Piwarski, der gegenwärtig Hauptschriftleiter des „Dziennik Wileński“ ist, zum Woiwoden von Wilna.

Beratungen

über die Auswanderung nach Deutschland.

Am 25. September fanden im Außenministerium Beratungen über die Auswanderung nach Deutschland statt. Den Beratungen wohnten Vertreter mehrerer Ministerien bei.

Keine Verlegung von Garnisonen.

Im Zusammenhang mit der von der polnischen Presse verbreiteten Gerüchten über die beabsichtigte Verlegung der 14. Division aus Posen nach Warschau, der 28. Division von Warschau nach Wilna und der 1. Division von Wilna nach Posen, sowie des 7. Infanterieregiments von Wloclaw nach Wloclaw, Woiwodschaft, teilt das Kriegsministerium mit, daß diese Gerüchte den Tatsachen nicht entsprechen.

Die Befolgung der Staatsbeamten.

Der Finanz- und Haushaltsausschuß des Senats beendete nach zweitägigen Beratungen die Diskussion über das Gesetz betr. die Befolgung der Staatsbeamten. Fast alle Anträge der Unterausschüsse wurden angenommen. Zu Artikel 116 wurde ein Änderungsvorschlag angenommen, nach dem die Befolgung der Zoll- und Postbeamten in Oberschlesien so gestaltet werden soll, daß diese Beamten den Eisenbahnbeamten gleichgestellt werden.

Verminderung der Zahl der Beamten im Arbeitsministerium.

Da es sich herausgestellt hat, daß in einigen Abteilungen des Ministeriums der Arbeit und der öffentlichen Fürsorge, sowie des Auswanderungsamtes übermäßig viele Beamte beschäftigt werden, wird die Verminderung der Zahl der Beamten im Ministerium selbst am 30. d. S., im Auswanderungsamt am 30. bis 50. v. S. geplant.

Ein neues polnisches Handelsschiff.

Aus Warschau wird gemeldet: Der Justizminister hat den Entwurf eines neuen Mieterschutzgesetzes fertiggestellt. Der Inhalt des Entwurfs wird in der nächsten Zeit veröffentlicht werden.

Ein neues polnisches Handelsschiff.

Die „Gazeta Odrańska“ meldet aus Christiania: Am Dienstag wurde auf dem Schiffe „Józef Englich“, welches Eigentum der polnischen Seeschiffahrtsgesellschaft ist, die polnische Flagge gehißt. Gleichzeitig wurde dieses Schiff aus dem norwegischen Flottenregister gestrichen und in das Register der polnischen Handelsflotte eingetragen. Das Schiff ist gegenwärtig mit Ladung unterwegs nach London und soll in etwa vier Wochen von dort in Danzig eintreffen.

Aus der polnischen Presse.

Was Reisenden in Polen passieren kann, wenn sie keinen Ausweis haben.

Der „Kurjer Polski“ veröffentlicht in seiner Nr. 260 (Dienstag, den 25. September 1923) die Zuschrift eines Warschauer (Józef Grzywnowski), der davon berichtet, wie es seiner Frau erging, als sie eine Reise unternahm und dabei vergaß, ihren Personalausweis mitzunehmen. Er erzählt:

„Am Sonntag, dem 19. August, reiste meine Frau in Begleitung ihres Vaters, eines Gutsbesizers aus der Gegend von Wilna, mit dem Abendzug nach Warschau ab. In der Nähe der Station Oranienburg erschienen Polizeibeamte im Eisenbahnwagen, um die Legitimationspapiere der Reisenden zu prüfen. Meine Frau hatte ihren Personalausweis in Warschau vergessen. Sie hatte aber andere Papiere bei sich, aus denen ihre Personallisten einwandfrei hervorgingen. (Eine Mitgliedskarte, eine Quittung und andere.) Trotzdem und trotz der Bürgschaft ihres Vaters, der selbst eine ganze Anzahl von Legitimationspapieren bei sich hatte, sowie trotz der genauen Angabe unserer Warschauer Adresse und unseres Warschauer Polizeikommissariats wurde meine Frau gezwungen, den Zug zu verlassen und wurde nach Aufnahme eines Protokolls im Polizeihauptlokal der Bahnstation Oranienburg eingekerkert. Sie verbrachte die Nacht hinter Gittern auf einer Pritsche. Sie hatte dort einen Leidensgefährten, Herrn W., einen Angestellten der Firma Siemens & Schuckert in Warschau, der auch den Zug hatte verlassen müssen, weil er ebenfalls keinen Personalausweis bei sich hatte.“

Am nächsten Tag, Montag, begann unter Polizeieskorte die Stappenreise nach Warschau. Die nächste Etappe war das Polizeihauptlokal der Bahnstation Bielsk. Hier mußte meine Frau genau 24 Stunden sitzen, und hier verbrachte sie die zweite Nacht, und zwar in zehrerer Gesellschaft. Da waren zwei kranke Prostituierte, die nach dem Krankenhaus in Bielsk gebracht werden sollten, einige Diebe, eine Diebin, die durch nicht gerade salomnigen Flirt die Gunst der Herren Polizisten zu gewinnen trachtete, sowie eines betrunkenen Gepanzen, das außerdem krank war. Am Dienstag ging die Weiterreise nach Warschau vor sich.

Ich hatte unterdes in Warschau zwei Tage fieberhaft nach meiner Frau gesucht (es war ihr nicht erlaubt worden, an mich zu telegraphieren), und erst am Dienstag abend erfuhr ich dank der unermüdbaren Liebenswürdigkeit und dem persönlichen Eingriff des Leiters eines der Warschauer Polizeiamter, was mit meiner Frau geschehen war und wann sie in Warschau einge-

liefert werden würde. So konnte ich am Abend bei ihrer Ankunft auf dem Wiener Bahnhof zugegen sein, als sie in der Reihe der Arrestanten unter Polizeibefugung dem Zuge entstieg, und konnte mit Erlaubnis der Polizisten mich der Gruppe anschließen, um mit ihr zusammen das Rathaus und die dortige Polizeistelle zu erreichen. In meiner Raibität hatte ich angenommen, daß dort durch die Vorweisung des Personalausweises, meiner Frau, den ich bei mir hatte, und meiner eigenen Ausweise die Sache erledigt sein würde und meine Frau nun nach zweimal 24 Stunden Haft nach Hause entlassen werden würde. Leider war dem nicht so, denn die unerbittlichen Vorschriften verlangten, daß der Verhaftete von dem Kommissariat entlassen wird, in dessen Bezirk er seinen Wohnsitz hat. Meine Frau mußte eine dritte Nacht im Arrest verbringen, und erst der Mittwoch brachte die letzte Etappe: Die Wanderung vom Rathaus nach dem heimischen Kommissariat in Begleitung eines Polizisten und schließlich die wirkliche Entlassung.

Die Reise von Wilna bis Warschau dauerte also zweieinhalb mal 24 Stunden, und drei Nächte mußte meine Frau im Arrest verbringen. Es muß hinzugefügt werden, daß die Bestimmungen eine Verpflegung der Stappenhäftlinge nicht vorsehen und daß diese selbst für ihre Verpflegung sorgen müssen. In Sowjetrußland haben wir eine längere Gefängnispraxis durchmachen müssen. Daher hat meine Frau als eine auf diesen Gebieten erfahrene Dame trotz der außerordentlichen körperlichen Erschöpfung, Fast und Stappen mit Ruhe hingenommen und gute Miene zum bösen Spiel gemacht. Aber der Leser mag sich den inneren Zustand der Mütter, Ehefrauen, Schwestern und Töchter vorstellen, die ohne solche Erfahrungen Tage und Nächte hinter dem Gitter, auf Pritschen oder Fußböden und in Gesellschaft von Dieben, Vagabunden und Prostituierten verbringen müssen.

Ich habe weder das Recht noch die Absicht, diesem Brief den Charakter einer Beschwerde über unsere Polizei zu geben. Im Gegenteil. Ich muß im Namen meiner Frau und meinem eigenen Namen erklären, daß die Polizeibeamten aller Rangstufen sowohl gegenüber meiner Frau als auch mir gegenüber sich durchaus anständig und höflich benahmen. Aber sie alle erklärten mit großem Bedauern, daß sie tun müßten, was das Gesetz von ihnen verlangt. „Dura lex, sed lex.“ Nur gegen die „lex“ kann ich also meine Klage erheben, welche freilich wirklich übermäßig „dura“ ist.

Der Gipfel der Zuverlässigkeit.

Die „Gazeta Odrańska“ berichtet:

„In Danzig begann ebenso wie in Königsberg und Marienburg die große deutsche Woche. Diese Woche wird ausgefüllt durch Vorträge der erbitensten Redatoren und Redaktionen. Die Vorträge beziehen sich hauptsächlich auf die Verhältnisse in Polen. Frankreich, Rußland usw. Besonders charakteristisch war der Vortrag des Herrn Dr. Böhm, der ganz offen aufordnete, sämtliche französischen Pläne in Bezug auf die Bildung eines Bündnisses zwischen den baltischen Staaten, Litauen und Polen zu vernichten. Dieses Bündnis würde den Einfluß Deutschlands und Rußlands schwächen, darum darf Litauen nicht zum Bündnis zugelassen werden. Aufgabe der deutschen Politik ist die künstliche Aufrechterhaltung des Hasses der Litauer gegen Polen. Wir danken für dieses offene Bekenntnis. Es wird uns einen großen Dienst leisten.“

Dazu schreiben die „Danz. Neue Nachr.“ unter der Überschrift „Der heitere Fridolin“:

Die „Gazeta Odrańska“ scheint in ein falsches Fach gegriffen zu haben. Anders ist diese Art. ihre Leser mit Humor zu unterhalten, nicht zu verheizen. Der Veranstalter der deutschkundlichen Woche in Danzig, der Heimatbund, hat ausdrücklich an die Spitze seiner Bestrebungen auch für diese dreitägige Woche wieder gestellt die Bestimmung seiner Sitzungen, daß politische und religiöse Erörterungen ausgeschlossen sind. Ein Dr. Böhm hat auf der Danziger Woche überhaupt nicht gesprochen und Ausführungen, wie die hier von der „Gazeta“ gemachten, wurden auch von irgend jemand anderem nicht gemacht. Die bis jetzt gehaltenen Vorträge über „Gedonowitsch Stellung in der deutschen Kunst“, „Gedonowitsch Handzeichnungen“ und „Norddeutsche Marienplastik“ waren rein kunsthistorischen bzw. kunsthistorischen Gehaltes, bewegten sich nur in durchaus wissenschaftlichem und sachlichem Rahmen und waren Referate der vornehmsten Art, insbesondere da, wo sie irgendwelche polnische Auffassungen streiften, von vorbildlicher Zurückhaltung und für etwaige Polen als Zuhörer eine Quelle genussvollen Lernens. Woher also die „Gazeta“ ihr Phantasieren vom Böhmischen Vortrag nimmt, ist nicht recht ersichtlich. Das Warum ist schon weniger schwer zu erkennen. Wider Willen Humors ist zu sein, ist allerdings ein eigenartiger Ehrgeiz.“

Gegen die säumigen Steuerzahler.

Die Posener „Pravda“ (Organ der Nat. Arbeiterpartei) erinnert im Beilagenheft ihrer Nr. 218, der die Überschrift trägt: „Ein Zeugnis der Schande“ daran, daß Ministerpräsident Witos in der von ihm vor kurzem einberufenen Konferenz der nicht oppositionellen Presse feststellte: In den acht Monaten Januar bis August 1923 ist von den vorgesehenen Steuereinkünften kaum ein Viertel in die Staatskasse geflossen. Die „Pravda“ weist auf die katastrophalen Folgen hin, die eine solche Säumigkeit der Steuerzahler für den Staat haben kann und schreibt: Die öffentliche Meinung muß erfahren, wer am meisten sich der Zahlungspflicht entzieht, wer die größten Rückstände auf diesem Gebiet hat, wer auf diese Weise am meisten den Staatskassas schadet. Die öffentliche Meinung muß wissen, mit welchen Mitteln die Regierung diese Schamlosigkeit eines Teiles seiner Staatsbürger zu bekämpfen beabsichtigt, muß wissen, welches die Ergebnisse der achtmonatigen Arbeit an der Sanierung der Staatsfinanzen sind. Wir verlangen sofortige Einberufung des Sejm. Wir verlangen, daß die Regierung Bericht erstattet nicht vor einem geheimen Konventikel der Regierungspresse, sondern vor dem Forum der öffentlichen Meinung. Wir verlangen eine öffentliche parlamentarische Aussprache, damit die Vertreter der Opposition alle ihnen bekannt gewordenen Beweise böswilliger Sabotage der Staatsbedürfnisse durch einen Teil der Staatsbürger vorlegen können. Die Regierung ist verpflichtet, ihre Energie zu beweisen, wenn sie nicht zulassen will, daß fünf Jahre Arbeit an dem Bau des Staatsgebäudes mit einer Katastrophe enden, deren Ausmaß und deren Folgen niemand voraussehen kann.“

Mißglückte Versuche zur Einführung des Sowjetregimes in Bulgarien.

Am 22. September sowie in der darauf folgenden Nacht herrschte in Sofia im allgemeinen Ruhe. Vereinzelt Zwischenfälle scheinen die letzten Versuche der Kommunisten darzustellen. So naherten sich in der Nacht zum 22. September etwa 400 Kommunisten der Stadt Burgas, wurden jedoch zerstreut und ließen 4 Tote und 18 Gefangene auf dem Platze. In derselben Nacht wurde eine kleine Gruppe Kommunisten, die aus dem Gebirge herabgestiegen war und das Munitionslager außerhalb der Stadt Sliven angreifen suchte, mit leichter Mühe zerstreut. Nach dem Mißlingen der kommunistischen Aufstandsversuche in Südbulgarien sind Bestrebungen der kommunistischen Führer bemerkbar, im nördlichen Teil Bulgariens Unruhen hervorzurufen. In der Gegend von Popowo wurde das Sowjetregime in einem Dorfe ausgerufen. Seitens der Regierung wurden energische Maßnahmen ergriffen, um die Bewegung wieder zu unterdrücken. Eine Gruppe von Kommunisten, die sich in Dupniza festzusetzen suchte, wurde dort in einem Stadtviertel eingeschlossen. Das übrige Nordbulgarien ist ruhig.

Die Lage ist heute wie folgt: In dem Flecken Ferdinand in Nordbulgarien riefen die Kommunisten die Räterepublik aus, worauf eine Truppenabteilung gegen die Aufständischen entsandt wurde. Eine weitere kommunistische Abteilung, die gegen Komotini, wurde zerstreut. In dem Dorfe Blagowest, Bezirk Tir-

novo, proklamierten 50 Kommunisten das Sowjetregime, entflohen jedoch bei den ersten Schüssen der Truppen, die zur Wiederherstellung der Ordnung entsandt worden waren. In einigen Dörfern des Bezirks Schumla, woselbst das Sowjetregime proklamiert worden war, stellten die Behörden die Ordnung wieder her.

Ein vereiteter Putzversuch in Rumänien.

In Bukarest ist ein Putzversuch aufgedeckt worden, an dem nach Meldungen aus Klausenburg außer mehreren aktiven Generalen auch mehrere gewesene Minister und Universitätsprofessoren beteiligt waren. Der Putz hätte anlässlich der Reise des Königs zur Warenmusterausstellung in Temeswar erfolgen sollen. Der Außenminister Duca wurde nach Sinaia berufen. Es sollen Veränderungen in der Regierung und in der Generalität bevorstehen.

Friedliche Richtlinien der japanischen Politik

Nach Meldungen aus Tokio erklären der Regierung nahestehende Persönlichkeiten, deren Äußerungen somit offiziöse Bedeutung beizumessen ist, daß das neue Kabinett des Grafen Yamamoto, wenn es sich auch nicht auf eine bestimmte politische Partei stütze, doch vom allgemeinen Volkswillen getragen werde. Das japanische Volk, das sich nach dem Weltkriege noch weit mehr wie früher mit den politischen und wirtschaftlichen Fragen des Landes befasse, verlange in der jetzigen Zeit eine starke Regierung, um durch die gegenwärtigen Schwierigkeiten, die durch die unerwartete Erdbebenkatastrophe verschärft worden seien, hindurchzukommen. Das frühere Kabinett Kato habe bereits aller Welt kund getan, daß Japan aufrichtig bestrebt sei, die Washingtoner Beschlüsse, die der Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt dienen sollten, zur Durchführung zu bringen. Die Person des jetzigen Regierungschefs, dessen friedensfreundlicher Charakter bekannt sei, bürge dafür, daß Japan auch weiterhin nach außen an dem Friedensprinzip festhalten und mit den übrigen Völkern im besten Einvernehmen leben wolle, während nach innen alle Kraft zur Weiterentwicklung des Landes und seiner Bewohner eingesetzt werden würde.

Sowjetrußland.

Gewaltige Zunahme der Teuerung in Rußland.

Aus Moskau wird gemeldet: In der letzten Zeit nahm die Teuerung in Rußland um 500 bis 1000 Prozent zu. Die Preise für die Hauptbedarfsartikel steigen in einer Weise, die nicht im Verhältnis steht zu dem Sinken der russischen Währung und dem Steigen der Goldpreise. Besonders auffallend steigen die Preise für Angaje, Wäsche und Schuhe. Ein Herrenanzug kostet in Moskau gegenwärtig 60 Tschermoneg, das heißt 600 Goldrubel, ein Paar Schuhe 40 Tschermoneg, das heißt 400 Goldrubel.

Die russische Getreideausfuhr.

Nach einer Moskauer Meldung sind in der Zeit vom 15. August bis zum 15. September durch den Hafen von Noworossisk 2500 000 Pud Getreide ausgeführt worden. Es wird geplant, im November durch den genannten Hafen 8 000 000 Pud Getreide auszuführen. Durch den Odesaer Hafen wurden in den letzten zwei Monaten 588 000 Pud Getreide ausgeführt.

Europas Millionenstädte.

Es gibt gegenwärtig in Europa zehn Städte mit einer Einwohnerzahl von mehr als 1 000 000, und zwar (die beigegebenen Ziffern bezeichnen die Einwohnerzahl nach den Zählungen von 1920 bzw. 1921): London (7 476 000), Paris (4 421 000), Berlin (3 804 000), Wien (1 841 000), Hamburg (1 218 000), Moskau (1 280 000), Konstantinopel (1 200 000), Glasgow (1 157 000), Liverpool (1 118 000), Budapest (1 108 000). — Ausgeschlossen aus der Reihe der Millionenstädte ist Petersburg, das gegenwärtig nur noch 706 000 Einwohner hat (gegen 1 908 000 im Jahre 1911). Es gehört somit jetzt in die Reihe der Städte, die zwischen 500 000 und 1 000 000 Einwohner haben. Solcher Städte gibt es in Europa außer Petersburg noch 22, nämlich: Birmingham (995 000), Manchester (995 000), Warschau (981 000), Brüssel (803 000), Neapel (780 000), Madrid (751 000), Mailand (748 000), Kopenhagen (710 000), Barcelona (710 000), Rom (689 000), Prag (677 000), Amsterdam (647 000), Leipzig (636 000), Köln (634 000), Lyon (633 000), München (631 000), Dresden (588 000), Marseille (586 000), Breslau (528 000), Turin (517 000), Rotterdam (516 000), Frankfurt a. M. (508 000).

Deutsches Reich.

** Bedeutende Herabsetzung der Kohlenpreise in Berlin. Nach dem amtlichen Dollarstand vom 22. September stellen sich die Kleinverkaufspreise für Briketts und Koks ab 22. d. Mts. wie folgt: Briketts je Zentner 36 410 000 M., bisher 60 510 000 M., wie Koks ab Lager 90 990 000 M., bisher 160 080 000 M. In den Verhandlungen im Reichskohlenrat am 22. September mit dem Wirtschaftsministerium wurde eine Einigung dahingehend erzielt, daß die Kohlenpreise einstweilen unverändert bleiben.

** Volkspreisaktion Preußens. Der amtliche preussische Preisbesitz teilt mit: Das preussische Staatsministerium befaßt sich in einer außerordentlichen Sitzung am Dienstag abend in eingehender Beratung mit der politischen und wirtschaftlichen Situation. Im Rahmen der politischen Debatte gab der Minister des Innern die Erklärung ab, daß er die Frage, ob die Ruhe und Ordnung in Preußen gegen Unruhefaktoren von links und rechts hinreichend gesichert sei, zuverfügung stellen könne. Bei der Beratung der Wirtschaftsfragen wurde der stärkste Nachdruck auf die Diskussion über die Möglichkeiten einer Verbesserung der Ernährungsgrundlagen gelegt. Einstimmig wurde die Notwendigkeit anerkannt, durch schnelle Organisation von Volkspreisaktionen weitestgehend notwendige Kreise der Bevölkerung in ihrem immer schwieriger werdenden Existenzkampf nach Möglichkeit hilfreich zur Seite zu treten. Alle irgendwie zur Durchführung dieser Volkspreisaktionen geeigneten kommunalen und privaten Organisationen sowie technischen Mittel sollen zusammen mit staatlichen Hilfsmitteln in größtmöglichem Umfang eingesetzt werden. Das preussische Staatsministerium wird sich in Kürze an leistungsfähige Kreise der Bevölkerung mit dem Rufe wenden, die bevorstehende Aktion durch große Spenden an Geld und Lebensmitteln zu stärken.

** Devisenrazzien. In Leipzig. Nach Mitteilung des Landesfinanzamtes Leipzig ging man in den letzten Wochen auch in Leipzig dem wilden Handel mit Devisen und Noten tatkräftig zu Leibe und konnte dabei ausländische Zahlungsmittel im Werte von mehr als einundneinhalb Billionen Mark beschlagnahmen. In Leipziger großen Hotels konnten bei Angestellten Devisen und Noten in Höhe von 150 Milliarden Mark beschlagnahmt werden. In einem hiesigen Bankgeschäft führten die Ermittlungen zur Aufdeckung groß angelegter Steuerhinterziehungen und unerlaubter Devisenbeschaffung.

In Bremen. Am Sonnabend fand in Bremen der erste Vorstoß des Reichsdevisenkommissars auf unerlaubte, im Privatbesitz befindliche Devisen statt. Gegen 10 Uhr abends umzingelte ein Kommando der Schutzpolizei das Raffer-Kabarett „Morio“, besetzte sämtliche Ausgänge und drang in die Innenräume ein, um dort eine ausführliche Briefkastensrevision auf Devisen bei den anwesenden Gästen vorzunehmen. Ob die von der Bremer Kriminalpolizei auf Veranlassung des Reichsdevisenkommissars ausgeführte Unternehmung erfolgreich war, war bisher noch nicht festzustellen. Verhaftungen wurden, soweit bisher bekannt, nicht vorgenommen. Gegen 11 Uhr abends rückte die Gendarmerie, ohne daß es zu Zwischenfällen gekommen war, wieder ab.

Aus Stadt und Land.

Posen, 27. September.

Die Zahlung der Vermögenssteuer.

Das Finanzamt gibt im Interesse der Steuerzahler folgendes bekannt:

Das Vermögenssteuergesetz ist schon von beiden Häusern des Parlaments angenommen worden und wird demnächst im „Dziennik Ustaw“ veröffentlicht werden.

Im Sinne des genannten Gesetzes müssen die zur Zahlung dieser Steuer Verpflichteten ohne besondere Aufforderung in der Zeit vom 10. November bis zum 10. Dezember 1923 Verzugszahlungen nach folgenden Normen leisten:

Von Handelsunternehmungen der ersten und der zweiten Kategorie und von Gewerbeunternehmungen der ersten sechs Kategorien wird ein Betrag erhoben, der dem Doppelten des für sie für das erste Halbjahr 1923 berechneten Umsatzsteuerbetrages gleichkommt, ohne die Zuschläge für die Kommunalverträge. Von den Gewerbeunternehmungen der 7. Kategorie und den Handelsunternehmungen der 3. Kategorie sowie von den selbständigen freien Berufen ist ein Betrag zu zahlen in der einfachen Höhe des für sie geltenden Umsatzsteuerbetrages für das genannte Halbjahr.

Die zur Zahlung der Vermögenssteuer Verpflichteten müssen sich bei Erfüllung dieser Verpflichtung im eigenen Interesse der eigens für diese Steuer hergestellten Formulare der Staatsparasse (P. A. O.) bedienen, die sowohl in den Steuerämtern als auch in den Postämtern zu erhalten sein werden.

Bei Ausfüllung dieser Formulare sind besonders zu beachten die auf der Reverso befindlichen Rubriken, die die Kategorie der Vermögenssteuer betreffen: 1. Grundbesitz, 2. Industrie- und Handelsunternehmungen, 3. alle anderen Kategorien. — In der entsprechenden Rubrik ist die Kategorie, um die es sich handelt, deutlich anzugeben. Überdies sind juristische Personen verpflichtet, auf der Vorderseite des Formulars deutlich anzugeben, ob sie zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet sind oder nicht.

Vom Arztkonflikt mit den Krankenkassen.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Posen nimmt durch Plakate an den Unfallhäulen zum Arztbesuch Stellung. Für uns liegt keine Veranlassung vor, uns mit dem Inhalt des Plakats zu beschäftigen. Nur einige statistische Zahlen möchten wir daraus hervorheben.

Danach sind für die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Posen 72 Ärzte tätig. Darunter finden wir 5 deutsche Ärzte. Allerdings ist noch ein sechster aufgeführt, von dem wir nicht wissen, ob er Deutscher oder Pole ist; das höchste monatliche Honorar bezog Dr. Leja mit 60 Millionen, das niedrigste Dr. Zimniewicz mit 3 Millionen. Dr. Sokolowski, Wallischei 70, und Gattin (ebenfalls Ärztin) bezogen zusammen über 72 Millionen. (Bei der Anführung dieser angeblichen hohen Honorare vergißt die Allgemeine Ortskrankenkasse allerdings anzuführen, daß die Väter dieser Honorare ausschließlich auf die Krankenkassenpraxis angewiesen sind, da sie von den Krankenpatienten so stark in Anspruch genommen werden, daß ihnen zur Ausübung der Privatpraxis keine Zeit mehr bleibt. Bekanntlich ist ja heute nahezu jeder Einwohner Person verpflichtet, Mitglied einer Krankenkasse natürlich gegen hohe Monatsbeiträge zu sein. Viele von ihnen würden gern von diesem Zwange befreit sein und sich privatärztlich auf eigene Kosten behandeln lassen. — Die Schriftlitz. des „Pos. Tagebl.“)

Das Plakat sagt dann noch, daß noch weitere 15 Ärzte tätig seien; es scheinen dies aber noch junge Ärzte ohne lange Praxis zu sein; ihre Namen werden nicht genannt, und von ihnen wird nur gesagt, daß ihr Monatshonorar an 3 Millionen nicht heranreiche. Zu diesen Honoraren treten noch die Honorare aus den Krankenkassen der Kreise Posen-Ost, Posen-West, der Eisenbahner usw.

Der Ärzte-Verband erläßt in den hiesigen Blättern ebenfalls eine lange Erklärung, nur nicht im „Posener Tageblatt“. Der Verband wünscht also nicht, daß seine Gründe für den Konflikt den Lesern unseres Blattes bekannt werden.

Ernte- und Saatenstandsbericht.

Mit dem Wetter der abgelaufenen Woche wird jedenfalls fast jeder Landwirt zufrieden gewesen sein: am Tage durchweg schönes Wetter und in fast allen Nächten Regen! Solches Wetter ist für die Saatzeit wie bestellt. Mit dem Anfang der Woche oder in ihrem Laufe ist durchweg mit der Aussaat begonnen worden. Um die der Drillararbeit besonders günstige Witterung recht gut auszunutzen, wurde vielfach mit Wechselspannen und Wechselbedeckung gearbeitet, so daß die Drillmaschine den ganzen Tag in Bewegung blieb und auch die Mittags-, Frühstücks- und Vesperpause keine Veräumnis bei dieser Arbeit brachte. Der Kleinbesitz war größtenteils noch die ganze Woche mit Pflügen bzw. mit weiteren Vorarbeiten für die Aussaat beschäftigt, bei ihm ist dann das Drillen in wenigen Tagen vollbracht. Nebenbei gab es noch verschiedene Arbeiten mit den späten Früchten; Lupine reifte sehr ungleichmäßig und konnte nur nach und nach gemäht werden. Auch Samenfliege konnte man nun endlich mähen. Die Stoppelferrabella hat nun einen Stand erreicht, wie man ihn nur wenig zu sehen bekommt. Grummet konnte man noch Ende der Woche stellenweise auf den Wiesen bemerken. Die Kartoffelernte kam im Laufe der Woche in immer größerem Umfange in Gang. Die Erträge sind sehr verschieden; es steht wohl schon jetzt

mit Sicherheit fest, daß der Durchschnittsertrag des vorigen Jahres durchaus nicht erreicht werden wird.

Die kirchliche Woche.

Die diesjährige kirchliche Woche wird in den Tagen vom 22. bis 25. Oktober stattfinden, und zwar wird sie diesmal unter wesentlich anderen Gesichtspunkten vorbereitet und veranstaltet. Mehr und mehr soll die kirchliche Woche der Höhepunkt in unserem evangelisch-kirchlichen Leben werden, eine Tagung der Gemeinden. Alle General- und Fachversammlungen treten also in den Hintergrund, und die Veranstaltungen wenden sich in der Hauptsache an die Gemeinden. Der Dienstag soll der evangelischen Männerwelt gehören, daran schließt sich ein evangelischer Frauentag und der letzte Tag ist für die evangelische Jugend bestimmt. Es ist sehr notwendig, daß nun nicht nur Pastoren und Gemeindeführer teilnehmen, sondern auch Gemeindeglieder recht zahlreich an der Tagung teilnehmen. Sie wird in Thorn stattfinden, und Gastquartiere vermittelt bei rechtzeitiger Anmeldung Pastor Feuer-Thorn. Nähere Mitteilungen über das Programm werden noch verschiedentlich bekannt gegeben.

Die Sammlung in den Erntedankfestgottesdiensten in unserer Kirche ist für den Evangelischen Presbyterverband in Polen bestimmt. Die Evangelische Pressearbeit ist von der allergrößten Wichtigkeit für unser kirchliches und kulturelles Leben. Das „Evangelische Gemeindeblatt“ ist in den weitesten Kreisen unserer Gemeinden verbreitet und sollte in allen evangelischen Häusern Eingang finden. Ebenso ist das „Evangelische Kirchenblatt“, Monatschrift für evangelisches Leben in Polen, das sich an bestimmte kleinere Kreise in unseren Gemeinden wendet und seit einem Jahre vom Evangelischen Presbyterverband herausgegeben wird, für unser kirchliches Leben ganz unentbehrlich. Aber so stark auch die Forderung ist, diese Blätter auf jeden Fall ausreicht zu erhalten und sie noch weiter auszubauen, es fehlen dem Evangelischen Presbyterverband alle Mittel, um dieser Forderung auch nur einigermaßen gerecht zu werden, und es besteht die große Befürchtung, daß das Erscheinen der evangelischen Blätter eingestellt werden muß, da auch noch so hohe Bezugspreise der Geldentwertung nicht wirksam begegnen können. Die Sammlung am Sonntag sei deshalb allen denen, denen die evangelische Sache am Herzen liegt, aufs wärmste empfohlen.

Pensionsmütterbesprechung. Am Montag fanden sich die Posener Pensionsmütter wieder zu einer Besprechung zusammen. Dieser Nachmittag brachte wieder eine äußerst rege Beteiligung, denn die fortwährend wachsende Teuerung und die damit verbundene Notlage der Hausfrauen muß zu einem feierlichen Zusammenhange führen. Zuerst fand ein Meinungsaustausch über die Zahlung der Pension in Joty statt. Es stellte sich dabei heraus, daß auch dieses Zahlungsmittel nicht vor der schnellen Geldentwertung schützt, denn der Joty ist innerhalb des letzten Monats nur in geringem Maße gestiegen, während sich alle Lebensmittelpreise bedeutend erhöht haben. Wenn man im Anfang des Monats eine Summe von 1 1/2 Millionen auf den Kopf als ausreichend rechnen konnte, so muß man in den zwei letzten Wochen des Monats bis 2 Millionen rechnen. Die Pensionsmütter haben also im letzten Monat schlecht abgeschlossen, denn sie hatten nur 1 1/2 Millionen für den ganzen Monat. Man kam nun überein, das Pensionsgeld nach den Beamtensgehältern zu berechnen, also wie bei diesen eine monatliche Steigerung von 60 v. H. in Anrechnung zu bringen. So würde das Pensionsgeld in dem kommenden Monat 1 1/2 Millionen und 60 v. H. betragen. Für das Winterhalbjahr muß, wie fleißig, Heizmaterial geliefert oder dem Werte entsprechend in bar bezahlt werden, und zwar wurde auf den Kopf und Monat das Heizmaterial auf 3 Zentner festgesetzt, denn es darf nicht nur die Heizung des Schlaf- und Arbeitsraumes in Betracht gezogen werden, sondern auch die Heizung des Speiseraumes. Die Berechnung der Beheizung und alles andere bleibt wie bisher. Die Pensionsmütter sind der Meinung, daß sich die Eltern erst einmal eingehend über die Posener Teuerungsverhältnisse unterrichten, ehe sie ihnen Vorwürfe über zu hohe Preisgebung machen. Was auf dem Lande sogar nicht gerechnet wird, wie zum Beispiel Obst, Gemüse, muß hier teuer bezahlt werden. Selbst jedes bißchen Suppengrün kostet Tausende. Es ist so leicht, zu sagen: „Wir würden billiger wirtschaften, wenn man auf dem Lande oder in der kleinen Stadt sitzt, wo die Lebensbedingungen billiger sind. Die Lage der Pensionsmütter ist keineswegs rosig, und Verständnislosigkeit dürfte sie nicht noch erschweren.

Konzerte. In der nächsten Woche finden zwei bemerkenswerte Konzerte statt. Am Dienstag (2. Oktober) spielt die bekannte Geigerin Irena Dubiska im Vereinshausaal Werke von Mozart, Jaha und neuen polnischen Tonsetzern sowie eine Sonate für Geige und Klavier von dem in Posen lebenden Professor Lucjan Kamieński (mit dem Komponisten am Klavier). Am Donnerstag (4. Oktober) spielt der Pianist Egon Petri in demselben Saal Werke von Bach-Busoni, Beethoven und Chopin. Eintrittskarten zum Dubiska-Konzert sind bei Szrejbroński zu haben (ul. Fredy Nr. 1), Eintrittskarten zum Petri-Konzert bei W. Górski (Zigarrenhandlung im Hotel Monopol).

Nite Sachetto tritt, wie schon mitgeteilt wurde, am kommenden Sonntag (30. September) in einer Tanzmatinee im großen Saal des Apollotheaters auf. Karten im Vorverkauf in der Zigarrenhandlung von W. Górski (Hotel Monopol).

Aus dem Metallgewerbe. Zu einer Aussperrung kam es am Montag nachmittag in der Gießereiischen Fabrik. Sie erfolgte als Antwort auf die passive Resistenz der Arbeiter, wodurch die Arbeit in den Betrieben am Freitag, Sonnabend und Montag vor-

mittag auf mehrere Stunden unterbrochen wurde. Am Dienstag vormittag 9 Uhr wurde infolgedessen eine Metallarbeiterberammlung abgehalten, an der sich 3000 Ausgesperrte beteiligten. Gegenstand der Beratungen bildete u. a. ein Artikel des „Postep“, zu dessen Nichtigstellung eine Deputation an die Schriftleitung des Blattes entsandt wurde. Die Verhandlungen mit der Fabrikleitung endeten schließlich damit, daß die Arbeit am Mittwoch wieder aufgenommen wurde.

Eine neue Einnahmequelle. Kürzlich ist in Posen ein neues, viertes Theater eröffnet worden, lediglich zu dem Zweck, um dem allgemein empfundenen Bedürfnis zu entsprechen. Der neue Direktor soll ein Taufendfasser sein; er soll, wenn er will, und wie ein polnisches Blatt behauptet, aus purem Gande einen Reichtum machen können. Außer in der üblichen Weise macht das neue Theater auf folgende Weise für sich Neklame: Die meisten Schaukästen sind der zahlreichen Spigbuben wegen leer. Um diese „Beere“ einigermaßen zu verdecken, werden die Theaterzettel des neuen Theaters darin aufgehängt. Für den Inhaber der Schaukästen bedeutet das eine neue Einnahmequelle, sei es in bar oder in Freibillets.

Nach glücklich abgelaufen. Gestern nachmittag gegen 6 Uhr fuhr eine Straßenbahn der Linie 2 aus der ul. Seweryna Mielchskiego (fr. Viktoriastraße) in die ul. 27. Grudnia (fr. Berliner Straße) nach dem Alten Markte zu, während an der Ecke eine Drochke hielt. Das vor diese gespannte Pferd erschrak und bog auf den Bürgersteig. Es wäre zweifellos in das Schaufenster der dortigen Drogerie eingedrungen, wenn es nicht ein entschlossenes Spigbubenglied Herr zurückgerissen hätte. Die Drochke schlug um, der Kutscher wurde auf den Bürgersteig geschleudert, kam aber ebenfalls unverletzt davon.

Überfall wurden gestern in der ul. Podlaska (fr. Schleißische Straße) — in Solatich — mehrere jugendliche Spigbuben, die aus einer Wohnung nach dem Eindringen von Küchenschneiben je 6 silberne Messer, Gabeln, Löffel und ein Paar Schuhe gestohlen hatten. Sie mußten unter Zurücklassung ihrer wertvollen Beute das Weite suchen.

Diebstähle. Gestohlen wurden: aus einer Ladekassette in der Grobla 19 (fr. Grabenstraße) 2 Millionen Mark bares Geld; aus dem Gebäude ul. Wajzdowa 3 (fr. Am Berliner Tore) ein Fahrrad Marke „Adler 95“ im Werte von 7 Millionen Mark; aus einer Wohnung des Hauses ul. Polna 3 (fr. Feldstraße) ein brauner Damenmantel, ein weißer Damenhut mit grünem Bande, ein Kinderkleid und 640 000 M. bares Geld im Gesamtwerte von 8 Millionen Mark; aus einer Wohnung ul. Dobrowskiego Nr. 53/55 (fr. Große Berliner Straße) ein begehbarer Damenmantel und eine graue Kostümkasche im Werte von 12 Millionen Mark.

Polizeilich festgenommen wurden gestern 20 Dirnen, 15 Betrunkene und 6 Personen wegen Diebstahls.

p. Bentischen, 26. September. Vergangene Nacht wurde in dem Schlosse Chrosznica (fr. Kroschnitz), der Frau Rittergutsbesitzerin Schoppe ein Milliarden-Einbruchsdiebstahl von unbekannten Eindringern verübt. Gestohlen wurden u. a. ein brauner Damenpelz mit grauem Kragen, ein grüner Damenpelz mit grauem seidenem Futter, ein Persischer-Damenmantel mit Opossum und seidenem Futter, dreiviertellang, eine Decke mit zehn Fuchsfellen benäht, ein schwarzer Herrenmantel mit schwarzem Seidenfutter und dem Monogramm C. S., eine blaue Kutscher-garnitur, eine blaue Dienerkasche mit weißen Knöpfen, 2 Fenster-borhänge mit Satinfutter, 2 schwarze Fensterdecken mit Satin, 2 braune Fensterdecken mit gelber Seide, 12 silberne vergoldete Kaffeelöffel, 12 silberne Tafellöffel gez. O. C., 12 Dessertlöffel gez. W. O. — Einen traurigen Ausgang nahm in Gzestka Stare (fr. Griebenheim) eine Hochzeitsfeier beim Landwirt Napierala. Junge Leute hatten sich unter die Fenster der Stube gestellt, in der gefeiert wurde, um dem Treiben der Hochzeitsgäste zuzuschauen. Das ärgerte Napierala. Um die Zuschauer zu verschrecken, gab er einen scharfen „Schreckschuß“ auf sie ab mit dem Erfolge, daß der 16jährige Arbeiter Wojciech Fleischer sofort tot umfiel, während der danebenstehende Johann Eliwa schwer verletzt wurde. Napierala wurde natürlich sofort in Haft genommen, und zwar von Rechts wegen.

Inowroclaw, 26. September. Der „Kuj. Bote“ schreibt: „Unwahre Gerüchte über bevorstehende Ausweisungen von Opanten sind von unverantwortlichen Personen in unserer Stadt in Umlauf gebracht worden und beruhigen in unnötiger Weise die in Frage kommenden Personen. Nach den von uns eingezogenen Erfindungen sind diese Gerüchte vollständig aus der Luft gegriffen; ihre Verbreiter täten im Interesse ihrer Mitmenschen gut, sich mit nützlicheren Beschäftigungen abzugeben, als solche beruhigende Märchen zu erfinden und zu verbreiten.“

p. Reutemischel, 26. September. In Albertoske erschoss sich heute der 69 Jahre alte Landwirt Heinrich Kurz aus unbekannter Ursache.

Sammlung für die	
Joist-Strecker Anstalten in Pleschen.	
Bisheriger Sammlungsertrag	52 000.— M.
Evang. Schule in Buschdorf	378 000.— „
zusammen	430 000.— M.
Weitere Geldbeträge nehmen wir entgegen und werden in unserer Zeitung darüber quittieren.	
Geschäftsstelle des Posener Tageblatts.	



OSRAM
NITRA

Wer gutes Licht will,
scheue die Kosten nicht.



OSRAM
NITRA

OSRAM
muß auf der Glaslocke stehen

